

GR. Ulrike Bauer

18.01.2007

A N F R A G E

Betr.: Sozial- und Lernbetreuung für Kinder und Jugendliche

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegfried!

In Graz gibt es immer mehr Kinder und Jugendliche, die eine sogenannte Sozial- und Lernbetreuung brauchen und auch in Anspruch nehmen. Dieses Betreuungsangebot wird über Vereine, wie z.B. den Pflegeelternverein ausgerichtet.

Kinder aus sozialschwächerem Umfeld erhalten hier die Chance, durch spezielle Fördermaßnahmen positiv in ihrer Entwicklung unterstützt zu werden.

Es fällt mir jedoch immer mehr auf, dass zahlreiche dieser Kinder nicht mehr zu Hause gefördert werden (Fr. Stadträtin Tatjana Kaltenbeck hat mir immer versichert, dass dies auch ein Grundgedanke dieser Betreuungsform ist, auch das soziale Umfeld einzubauen), da manche Eltern nur sehr kleine Wohnungen haben, oder auch sonstige Gründe ausschlaggebend dafür sind, dass diese Betreuung in den Schulen stattfindet.

Hier erhalten dann Geschwisterkinder des öfteren 2-3mal pro Woche Einzelunterricht und es ist oft gar nicht so einfach, die nötigen Räume an den Schulen zu finden.

Mir sind diesbezüglich einige Familien bekannt (es haben mich aber auch schon zahlreiche LeiterInnen auf dieses Problem aufmerksam gemacht) und es gibt sogar Fälle, wo zwei Geschwisterkinder dieselbe Schulstufe besuchen und getrennt gefördert werden.

Mir erscheint das sowohl sozial, als auch pädagogisch für nicht sehr sinnvoll, da ein gemeinsames Lernen in Kleingruppen oft auch lustbetonter und daher auch zielgerichteter für die Kinder ist.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-GR-Clubs folgende

A n f r a g e:

Bist du bereit, dich als der für das Personal zuständige Bürgermeister für eine zeitgemäße Förderung und einen sinnvollen Personaleinsatz dieser Kinder einzusetzen und dahingehend auch mit der für das Amt für Jugend und Familie zuständigen Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl zu reden, damit sie mit ihren zuständigen SozialarbeiterInnen daran arbeitet, dass durch eine verbesserte Vorgangsweise und einen effizienteren Einsatz dieser Betreuungskräfte zukünftig auch mehr Kinder in den Genuss dieser Sozial- und Lernbetreuungen kommen können, ohne dass dadurch zusätzliche Kosten entstehen?

GR. Mag. Martin TITZ

18.01.2007

A N F R A G E

Betr.: Grazer Oper – Innovative Preispolitik
für Kinder und Begleitpersonen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit der designierten Intendantin an der Grazer Oper werden bald fünf Frauen an prominenten Positionen des Grazer Kulturlebens.

Allein aus diesem Umstand aber auch eine verstärkte Zuwendung an jüngeres und jüngstes Publikum ableiten zu wollen, ist ein – wünschenswerter - Fehlschluss.

Wiener Bühnen zeigen es vor, insbesondere die Staatsoper hat unter Holländer zahlreiche Schritte gesetzt um neben Kinderzelt mit eigenem Programm auch die Eintrittspreise in den besten Kategorien so zu gestalten, dass der abendliche Opernbesuch für Kinder zum Theatererlebnis wird. Im Kinderkontingent sind selbst teuerste Plätze um 15,- EURO erhältlich.

In Graz zahlen Kinder Halbpriis, was in Relation zu den Kartenpreisen in den verschiedenen Häusern immer noch teuer ist.

Daher lautet meine Anregung, ein Preismodell zu entwickeln, das für Kinder UND Begleitpersonen attraktiv ist. Ob dies in einem Kinderkontingent zu symbolischen Preisen und einer Ermäßigung für die Begleitperson besteht, oder welche innovativen Anreize über die Preisbildung sonst gesetzt werden, mag der Kreativität der Betriebsführung überlassen bleiben.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-GR-Clubs folgende

A n f r a g e:

Bist Du als Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Bühnen Graz bereit, auf das Management einzuwirken, innovative Preispolitik für Kinder und Begleitpersonen zu entwickeln.



Betr.: Lehrstellenoffensive

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Jänner 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der so genannte Lehrstellenmarkt gilt vielfach nach wie vor als ein Gradmesser für die Arbeitsplatzsituation insgesamt. Denn während generelle Arbeitsmarktdaten zum Teil nur mit Vorsicht zu genießen sind – was die Zahlen von Arbeitssuchenden anbelangt, werden diese oftmals durch Kurse bzw. Umschulungsmaßnahmen mehr oder minder geschönt, andererseits werden wir zwar regelmäßig mit neuen Rekorden in Hinblick auf Arbeitsplätze beglückt, wobei dabei jedoch verschwiegen wird, dass das Mehr an Arbeitsplätzen primär durch McJobs erzielt wird und zur Existenzsicherung eines dieser Beschäftigungsverhältnisse praktisch nie ausreicht -, geben die Lehrstellendaten die Situation realitätsbezogen wieder.

Und diese Zahlen und Fakten zeigen – entgegen regelmäßigen Beteuerungen des zuständigen Ministers, entgegen allen Ankündigungen, der Lehrlingsbeschäftigung besondere Bedeutung zuzumessen - ein mehr als bedenkliches Bild. Denn Ende Dezember standen in Graz 442 Lehrstellensuchenden gar nur noch 86 offene Lehrstellen gegenüber. Das heißt: für 13,3 Prozent mehr Lehrstellensuchende gegenüber Dezember 2005 gab es um 23,2 Prozent weniger Lehrstellen – die Schere zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen geht immer weiter auseinander. Jetzt kann nicht einmal mehr jedem fünften Jugendlichen, der eine Lehre antreten möchte, auch ein Lehrplatz zur Verfügung gestellt werden. Was sowohl gegenüber den Eltern als auch den Jugendlichen selbst durch nichts zu rechtfertigen ist: Denn aus der vollmundig angepriesenen Karriere mit Lehre droht so für Hunderte Jugendliche allein in Graz eine Karriere als Tagelöhner bzw. Hilfsarbeiter zu werden.

Ich weiß natürlich, dass die Möglichkeiten der Kommune, was Lehrlingsoffensiven betrifft, mehr als bescheiden sind: Dennoch bin ich überzeugt davon, dass durch gezielte Maßnahmen, durch verbesserte Rahmenbedingungen, durch strukturelle Anreize und vor allem durch ein gemeinsames, konzertiertes Vorgehen aller darin invol-

vierten Interessensvertretungen und Institutionen zumindest eine Verbesserung der Lehrstellensituation erreicht werden könnte. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass sich gerade in Graz diese Situation in besonderem Maße zugespitzt hat: Steiermarkweit gab es im Dezember bei den Lehrstellensuchenden ein Mehr an 9,3 Prozent, in Graz wie gesagt ein Mehr von 13,3 Prozent. Und was die offenen Lehrstellen anbelangt, gibt es in der gesamten Steiermark sogar ein Plus von 3,2 Prozent, während für Graz in Minus von 23,2 Prozent ausgewiesen wird. Und eine letzte Zahl, um diese Dramatik zu belegen: Fast 60 Prozent aller jungen Steirerinnen und Steirer, die im Dezember eine Lehrstelle suchen, sind in Graz vorgemerkt: nämlich 442 von insgesamt 744 Lehrstellensuchenden. Das heißt nichts anderes, als dass in unserem Bezirk diese Problematik derzeit wohl am brennendsten ist und entsprechender Handlungsbedarf besteht!

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

die Anfrage,

ob du bereit bist, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz gemäß Motivenbericht einen Runden Tisch mit allen im Bereich der in Lehrlingsbeschäftigung involvierten Institutionen und Organisationen zu initiieren, wobei auf jeden Fall dabei VertreterInnen der Stadt Graz, von AMS, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖGB sowie Arbeiterkammer daran teilnehmen sollten.



Betr.: Umgang mit Gemeinderatsinitiativen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau GRin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Jänner 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Als ich 2003 mein Gemeinderatsmandat angetreten habe, tat ich dies - wie sicher alle meine KollegInnen – mit viel Elan und vor allem mit der Zuversicht, vieles an Ideen einbringen und manches umsetzen zu können. Jetzt, nach vier Jahren, beginnt die Ernüchterung. Nicht was den Elan betrifft, sondern in Hinblick auf die Zuversicht. Und ich weiß, dass es vielen KollegInnen in diesem Haus auch so geht. Warum? Es ist eher frustrierend, wenn wir erleben müssen, wie mit unseren Initiativen in die wir viel Zeit investieren und an die oft die Erwartungen vieler Menschen hängen, umgegangen wird. Bisweilen bekommt man das Gefühl, Anfragen bzw. Anträge werden nicht einmal ignoriert, bestenfalls aber halbherzig verfolgt - und zwar derart halbherzig, dass sie schlussendlich irgendwo auf dem Postweg oder in Schubladen sanft entschlummern.

Beispielhaft dafür stehen allein vier Anträge oder Anfragen von mir, die ich innerhalb der letzten zwölf Monate gestellt habe.

Am 19. Jänner des Vorjahres habe ich in Zusammenhang mit der Bezirksdemokratie und den Klagen der BezirksvorsteherInnen über die Nichtbehandlung ihrer Anträge eine Auflistung beantragt, welche und wie viele Bezirksratsanträge in dieser Gemeinderatsperiode seitens der ressortverantwortlichen Stadtsenatsmitglieder bereits realisiert wurden bzw. sich im Realisierungsstadium befinden und welche und wie viele Bezirksratsanträge in Hinblick auf Ihre Realisierung seitens der zuständigen Stadtsenatsmitglieder wegen finanzieller Gründe abgelehnt bzw. zurückgestellt, also „verschoben“ werden mussten. Der einzige Erfolg: In Zwischenerledigungen wurde mir mitgeteilt, dass das sehr schwierig sei – und angeblich will man jetzt daran gehen, diese Anträge zu erfassen. Ich denke, dass nicht nachvollzogen werden kann, was mit Bezirksratsanträgen passiert, braucht auch nicht weiter kommentiert zu werden.

Am 30. 3. des Vorjahres habe ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um Klärung der Nutzung welches ein Grundstück in der Fischeraustraße betrifft, ersucht. Das zur Verärgerung der AnrainerInnen von einem Unternehmen als Parkfläche genutzt wurde. Die Frage war, ob besagter Parkplatz bewilligt sei bzw. ob diese Form der Nutzung des Areals genehmigt wäre und wenn nicht, welche Konsequenzen seitens der zuständigen Behörden eingeleitet werden? Auf eine Antwort warte ich noch immer – und mit mir warten Dutzende GöstingerInnen, deretwegen ich diese Anfrage gestellt habe. Interessant ist nur: Autos parkten auf diesem Areal im Sommer weniger, jetzt wieder viele. Ob die Fahrzeuge widerrechtlich dort stehen, ob dies irgendwelche Folgen hatte oder hat, wissen wir auch immer noch nicht.

Das nächste Beispiel: Im April des Vorjahres habe ich meine Idee der Graz-BotschafterInnen präsentiert und in einer Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wissen wollen, ob Sie diese Idee weiterverfolgen möchten. Antwort habe ich bis Oktober von Ihnen keine erhalten, sehr wohl aber auf Ebene von Wirtschaftstreibenden, der Hotellerie und auch von anderen Stadtsenatsmitgliedern sowie aus dem universitären Bereich, dass dies eine interessante verfolgungswürdige Initiative sei. Erst auf eine zweite Anfrage in der Sitzung am 19. 10. in der ich eine Antwort urgiert habe, bekam ich Ihre Antwort am 31. Oktober: Aber statt mir mitzuteilen, ob Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Initiative weiterverfolgen wollen, bekam ich von Ihnen ausschließlich und lediglich die wortwörtliche Stellungnahme, ich betone als Wortzitat, des Herrn GTG-Geschäftsführers.

Und als letztes Beispiel: Meine Anfrage betreffend die 110 kv-Leitung im Grazer Westen, die ich am 18. Mai 2006 eingebracht habe. In dem Zusammenhang wurde von mir darauf hingewiesen, dass bis 31. Mai noch Einwendungen die nur die Stadtvertretung einbringen kann möglich wären und angesichts der großen Bedenken wegen der oberirdischen Bauweise und der daraus zu befürchtenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen habe ich angefragt, ob Sie bereit sind, zu veranlassen, dass seitens der Stadt in einer Einwendung die Erdverlegung eingefordert und zudem die BürgerInnen auch rechtlich bei ihren Einwendungen unterstützt würden. In dem Fall bekam ich zwar fristgerecht eine Antwort, die aber nur deshalb zufrieden stellend ist: Denn in der Verhandlungsschrift ist keine einzige Wortmeldung des anwesenden städtischen Vertreters enthalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
das sind vier Beispiele aus den letzten zwölf Monaten – und ich weiß, dass viele meiner KollegInnen ähnliche Erlebnisse haben. Und da müssen wir uns allesamt dann wirklich fragen: Welcher Stellenwert wird uns GemeinderätInnen eingeräumt? Welchen Stellenwert haben BürgerInnenanliegen – denn ein Gutteil unserer Initiativen stammt ja aus unseren BürgerInnenkontakten? Und gleichzeitig wird von Demokratiereform, von BürgerInnenbeteiligung geredet? Und das was es noch zu Bedenken gibt: Ihre Antworten auf die Gemeinderatsinitiativen, die meist „kleine“ städtische Anliegen sind, den betroffenen bzw. interessierten BürgerInnen nicht kommunizierbar!

Gemeinderatsinitiativen – wie ja offensichtlich auch Bezirksratsinitiativen – derart zu missachten entspricht jedenfalls nicht dem, was ich unter Demokratie und Beteiligung verstehe. Ich könnte jetzt natürlich beantragen, grundsätzlich einmal prüfen zu las-

sen, ob diese Art und Weise der Behandlung von Anfragen und Anträgen der Geschäftsordnung und dem Statut überhaupt entspricht. Aber nachdem ich an das Gute wie auch an die Wandlungsfähigkeit glaube, möchte ich jetzt noch nicht so weit gehen.

Und in diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, mitzuteilen, wie Sie in Hinkunft mit Anträgen und Anfragen in diesem Haus umgehen wollen bzw. welche Überlegungen Ihrerseits es gibt, damit der Stellenwert von Gemeinderats- und Bezirksratsinitiativen wieder erhöht wird.



Betr.: Zeit für Graz/BürgerInnenforum

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Jänner 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“, wie nunmehr die seinerzeit propagierte Werkstatt Graz heißt, hätte den BürgerInnen der Stadt Graz eine Plattform geboten werden sollen, sich an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung zu beteiligen. Wir möchten unsere von Anfang an geäußerten Bedenken gegenüber diesem mehr als 600.000 Euro teuren Projekt nicht nochmals wiederholen – die verhältnismäßig bescheidene TeilnehmerInnenzahlen bei den ersten Planungstreffen hat diese Bedenken ja mittlerweile bestätigt.

Wie gesagt: Ausgangsposition der Planungswerkstatt war, jenen die Möglichkeit zu bieten, ihre Stimme zu erheben, die bislang wenig bis kaum gehört wurden, deren Anliegen – etwa, wenn sie über Bezirksratsanträge eingebracht wurden – oftmals schubladiert, wenn nicht gar ignoriert wurden.

Nunmehr soll am 13. Februar zu einem weiteren BürgerInnenforum eingeladen werden. Wobei, und das überrascht schon ein wenig, es sich bei den Einzuladenden, ohne diese jetzt in Misskredit bringen zu wollen, ausschließlich um Persönlichkeiten handelt, die es bis dato geschafft haben, ihre Positionen ohne eine BürgerInnenplattform kraftvoll zu vertreten: Die Liste reicht von WK-Vizepräsidentin Mag. Regina Friedrich über IV-Präsidenten Mag. Pildner-Steinburg, Kathryn List, Styria-Vorstandsdirektor Horst Pirker, Krone-Chefredakteur Markus Ruthard, Eishockey-Managerin Silvia Priversek, Hoteliers, Rektoren bis hin zu Grete Schurz als ehemals erste Grazer Frauenbeauftragte. Allein: Was in der Einladungsliste für dieses „BürgerInnenforum“ fehlt – das sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, die nicht über derart prominente Namen verfügen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bei allem Verständnis dafür, dass es nunmehr nahezu verzweifelte Anstrengungen gibt, das BürgerInnenforum „Zeit für Graz“ nicht zu dem Flop werden zu lassen, als der es sich nunmehr – fast würde ich sagen erwartungsgemäß – abzeichnet, empfinden wir es als mehr als bedenklich, dass nunmehr zwischen zwei Klassen von GrazerInnen unterschieden wird: Auf der einen Seite sind das eben die Normalbürger – und auf der anderen Seite die VIP-BürgerInnen, bei denen man hinterfragt haben will, ob die NormalbürgerInnen wörtlich zitiert eine „inhaltlich die falsche Richtung“ anstreben. Wenn BürgerInnenbeteiligung dahingehend verstanden wird, dass so genannte VIPS außerordentlich, in besonderem Maße, in einer eigenen Veranstaltung und notfalls auch mit der Möglichkeit von korrigierenden Eingriffen gesondert „befragt“ werden müssen, dann beißt sich ja wohl die Katze in den sprichwörtlichen Schwanz. Ich wage jedenfalls zu behaupten: Vor der „Zeit für Graz“ sollten alle GrazerInnen gleich sein – und vor allem widerstrebt es mir zu glauben, mit einem teuren BürgerInnenbeteiligungsmodell auf Kosten der Grazer SteuerzahlerInnen Persönlichkeiten Raum bieten zu müssen, die auf Grund ihrer Position und ihres Hintergrundes ohnehin permanent die Möglichkeit haben, für sich und ihre Interessen Lobbying zu betreiben.

15 bis 20 so genannte Opinion Leader gesondert zu einem BürgerInnenforum einzuladen, widerspricht jedenfalls unserem Dafürhalten dem Gedanken einer echten BürgerInnenbeteiligung. Wenn schon BürgerInnenforum, dann wohl nur in der Form, dass interessierten BürgerInnen die Möglichkeit geboten wird, **direkt mit** VertreterInnen und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Hotellerie, Kunst & Kultur, Medien etc. in Kontakt treten – aber bitte keine Zwei Klassen-BürgerInnenforen!

In diesem Sinne stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, deine Koordinierungskompetenz wahrzunehmen und auf den für die Planungswerkstatt Zeit für Graz verantwortlichen Stadtsenatsreferenten einzuwirken, dass nicht parallel zum Normal-BürgerInnenforum ein VIP-BürgerInnenforum installiert wird, sondern dass sichergestellt wird, dass diese Gesprächsrunden für alle interessierten GrazerInnen zugänglich gemacht werden?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 18. Januar 2007

Klubobmann Sepp Schmalhardt

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Förderung von Hauswasseranschlüssen (Ersatzwasserversorgung)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Da unser Umweltreferent, Vizebürgermeister Ferk, nach eigenen Angaben nicht für die Grazer Hausbrunnen zuständig ist, muss ich diese Anfrage an Sie stellen:

Im Versorgungsgebiet der Grazer Stadtwerke AG (Bereich Wasser) gibt es noch eine Vielzahl von Hauswasserbrunnen. Bei laufend vorgenommenen chemisch-bakteriologischen Wasseruntersuchungen bei diesen Brunnen wird immer wieder festgestellt, dass bei einigen von ihnen dieses Wasser auf Grund nicht lokalisierbarer Umwelteinflüsse nicht mehr genusstauglich ist.

Die betroffenen Brunnenbesitzer werden daher bescheidmäßig aufgefordert, sich an das Wasserversorgungsnetz der Grazer Stadtwerke anzuschließen. Die erheblichen Kosten dafür müssen von den Brunnenbesitzern selbst getragen werden. Das bedeutet eine hohe finanzielle Belastung, weil dafür anscheinend keine Förderung vorgesehen ist. Auch die Grazer Stadtwerke sehen keine Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung in diesen Fällen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Möglichkeit einer Förderung für den Anschluss von Anwesen, deren Hausbrunnen kontaminiert sind, an das Wassernetz der Grazer Stadtwerke AG prüfen zu lassen, da es sich in diesen Fällen um die Auswirkungen von nicht lokalisierbaren Umwelteinflüssen handelt?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 18. Januar 2007

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Verkehrsprobleme in Andritz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit November 2006 besteht vom Ulrichsweg kommend ein Linksabbiegeverbot in die Andritzer Reichsstrasse. Wollen Anrainer seither stadteinwärts fahren, müssen sie entweder einen Umweg durch das Andritzer Zentrum in Richtung Norden nehmen oder irgendwo umdrehen. Der Andritzer Bezirksrat wurde bei dieser Verkehrsmaßnahme nicht informiert oder eingebunden. Dieser stimmte am 30. 11. 2006 einstimmig gegen das Linksabbiegeverbot und wünscht sich in dieser Kurve eine 30-kmH-Beschränkung. Auch Taxifahrer würden diese Maßnahme für sinnvoll finden.

In Andritz gibt es ein weiteres Verkehrsproblem in der Radegunderstraße. In der langgezogenen Kurve auf Höhe des Seniorenwohnheims Marianne, sowie des Gasthauses Franz und des Sparmarkts kommt es immer wieder durch Ein- und Ausfahrten, welche durch diese Liegenschaften stark zugenommen haben, zu brenzligen Situationen.

Weiters überqueren viele Senioren in der Kurve am Zebrastreifen die Radegunderstraße zur GVB-Bus-Haltestelle – und das natürlich nicht mit schnellem Schritt. Auch in diesem Fall wünscht sich der Andritzer Bezirksrat einstimmig eine 30-kmH-Beschränkung. Auch Taxifahrer würden diese Maßnahme begrüßen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, zu veranlassen, dass das zuständige Amt die angeführten Maßnahmen gemeinsam mit dem Andritzer Bezirksrat noch einmal überprüft?

Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.1.2007
von Klubobfrau Sigi Binder

Betrifft: Feinstaubwerte auf Videowalls

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Bewusstseinsbildung über die Zunahme der Feinstaubbelastung im Grazer Stadtgebiet ist in den letzten Jahren nur sehr langsam in Bewegung gekommen. Am Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger hat sich bis dato kaum etwas geändert. Umfragen haben sogar ergeben, dass noch immer 19% der EinpendlerInnen aus den Umlandgemeinden die Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung für eher bzw. gänzlich unwichtig halten. 45% von ihnen würden sogar trotz auf sie zutreffender Fahrverbote nicht auf ihr Auto verzichten.

Die Stadt sollte daher alle Möglichkeiten ausschöpfen besonders jene Bevölkerungsgruppe über die permanenten Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte zu informieren, die einen hohen Anteil am motorisierten Individualverkehr im Ballungsraum Graz hat.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie die Anfrage:

Sind Sie bereit überprüfen zu lassen, welche Möglichkeiten die Stadt Graz noch hat, um beispielsweise auf den Videowalls an Grazer Einfallstraßen oder in Kinos laufend Informationen über die aktuelle Feinstaubbelastung unter die Menschen zu bringen?

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Mittwoch, 17. Jänner 2007

Betr.: AMS –Trupp im Universitätsviertel; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Jahren thematisiere ich das Thema Lärmbelästigung im Universitätsviertel. Um die Probleme endlich in den Griff zu bekommen sollte ein „AMS-Trupp“ das Studentenviertel und den Stadtpark überwachen. Als Besonderheit wurde dabei vor allem hervorgehoben, dass das Projekt einerseits für Langzeitarbeitslose eine Tätigkeit und andererseits den Bewohnern die fehlende Lebensqualität geben würde.

Seit Anfang Juni 2006 sind die privaten Sicherheitskräfte auf Streife im Stadtpark und Univiertel unterwegs. Erste Ergebnisse und Erfahrungsberichte müssten inzwischen vorliegen.

Mich interessiert es nun sehr, ob der Versuch mit den AMS-Trupps im Univiertel erfolgreich war und ob an eine Dauereinrichtung und wenn ja, in welcher Form gedacht ist.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie Auskunft darüber geben können, inwieweit sich das Konzept der AMS – Trupps zur Behebung der Lärmproblematik im Universitätsviertel bewährt hat ?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 16. Januar 2007

Betreff: **Volksschule Ries**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Diskussionen über die Schließung der Volksschule Ries sind uns allen noch in leidlicher Erinnerung. Auch mein diesbezüglicher Standpunkt dürfte bekannt sein. Tatsache und ebenfalls allen bekannt ist, dass die Volksbefragung gezeigt hat, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Ries mit überwältigender Mehrheit, nämlich **mit 99,28%** der abgegeben Stimmen, für den Erhalt der Schule ausgesprochen haben. Auch bekannt ist, dass stets mit dem Argument, es würde nicht genug schulpflichtige Kinder im Bezirk Ries geben, die Schließung der Schule begründet wurde.

Nun will eine Privatperson das nachholen, wozu die Stadt nicht in der Lage war, nämlich weiterhin eine Schule im Bezirk Ries anzubieten. Es handelt sich dabei um eine besondere Art der Schule – eine Montessorischule. Zugegeben, nicht die übliche Form für eine öffentliche Schule, aber es hat nie jemand behauptet, dass eine solche Art der Unterrichtsform nicht auch von der öffentlichen Hand angeboten werden könnte. Vielleicht hätte man nicht voreilig die Schließung der Schule vorantreiben sollen, sondern sich überlegen sollen, welche Art der Unterrichtsform angeboten werden muss, damit sich genügend Schüler finden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wie weit aus diesem Fehler gelernt wurde, um in Zukunft nicht mehr einfach die folgenschwere Schließung einer Schule zu verfügen und wie ist ihr Wissensstand, was nun mit dem Gebäude auf der Ries passieren soll ?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 16. Januar 2007

Betreff: **Schloßberg**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Grazer Schloßberg mit dem Uhrturm ist nicht nur weithin sichtbares Wahrzeichen und Touristenattraktion Nummer eins unserer Stadt, er ist auch eines der liebsten Naherholungsgebiete vieler Grazerinnen und Grazer. Mit Freude konnten die Mitglieder des Kontrollausschusses erfahren, dass die erfolgte Prüfung durch den Stadtrechnungshof durchwegs positiv ausgefallen ist.

Einzig und allein den Umstand, dass die diversen Kompetenzen auf fünf verschiedene Stellen aufgeteilt sind, wurde kritisch angemerkt. Es ist auch wirklich schade, dass man sich bisher noch immer nicht dazu entschließen konnte, eine einheitliche, alles umfassende Kompetenz für den Schloßberg einzurichten. Eine Art Schloßbergmanagement die vom Grünschnitt über die Auffahrtsbewilligung bis hin zum Genehmigen von Veranstaltungen alles beinhaltet wäre sicherlich wünschenswert und für die 'Verwaltung' des Schloßberges von Vorteil.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob sie bereit sind überprüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen ein solches Schloßbergmanagement denkbar wäre?